

Informationsdienst der Plattform EduCare

Von: Informationsdienst der Plattform EduCare [informationsdienst@plattform-educare.org]

Gesendet: Donnerstag, 27. Jänner 2011 22:53

An: claudia.varga@ice-vienna.at; anja.krassa@erziehung.uni-giessen.de; elisabeth.grabenweger@bmwf.gv.at; ltk-gruene@stmk.gv.at; ltk-kpoe@stmk.gv.at; Martina Grötschnig Mag.a; presse@vorarlberg.at; eva.gruy@oevp-wien.at; evelyn.baeck@spw.at; pia.kranawetter@oeh.ac.at; office@ice-vienna.at; winfried.moser@kinderrechteinstitut.at

Betreff: Sammelmeldung 28.01.2011

Anlagen: fachtagung_feb2011.pdf

Plattform EduCare
elementare und außerschulische Bildung
Informationsdienst
<http://www.Plattform-EduCare.org>
informationsdienst@Plattform-EduCare.org

ÜBERSICHT ÜBER DIE THEMEN DIESER AUSSENDUNG DES INFORMATIONSDIENSTES VOM 27.01.2011 22:51:51

Alle Aussendungen des Informationdienstes der Plattform
EduCare können Sie auch im Internet nachschlagen:
<http://www.plattform-educare.org/Informationsdienst.htm>

[AK, IV UND JKU PRÄSENTIEREN FORDERUNGEN ZUM THEMA „FRÜHKINDLICHE BILDUNG“](#)

[Tabelle zum Download](#)

[Unterlage zum Download](#)

[Studie zum Download](#)

[Sozialpartner wollen "frühkindliche Bildung" fördern](#)

[UMFRAGE](#)

[Institut für Kinderrechte und Netzwerk Kinderrechte ersuchen Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren um ihre Meinung zum Thema „Kinderrechte“ – BITTE UM MITHILFE](#)

[BM:UKK / BM.W F](#)

[BM:UKK-Homepage](#)

[BMWf Homepage](#)

[Beatrix Karl: Universitäten sind kinder- und familienfreundlicher geworden - Engagement weiter ausbauen - Wissenschafts- und Forschungsministerin bei Präsentation der Broschüre "Das ABC der Kinderbüros"](#)

[→ ABC Kinderbuero.pdf](#)

[BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM](#)

[Gesetze Bundesländer](#)

[Bundeskanzleramt RIS Informationsangebote](#)

[Bundesrat in seiner jetzigen Form „völlig für die Katz“](#)

[→ Siehe auch: Kinderbetreuung: Neuer Vorstoß der Frauenministerin](#)

[BURGENLAND](#)

[Meldungen: keine](#)

[KÄRNTEN](#)

[Meldungen:](#)

[Kindergärten dehnen Mittags-Angebot aus](#)

NIEDERÖSTERREICH

[Meldungen: keine](#)

OBERÖSTERREICH

[Meldungen:](#)

[Sozialpartner wollen "frühkindliche Bildung" fördern](#)

[→ Siehe auch: AK, IV und JKU präsentieren Forderungen zum Thema „Frühkindliche Bildung“](#)

[Wer zahlt? - Streit um Mehrkosten durch Gratiskindergarten](#)

SALZBURG

[Meldungen:](#)

[Brisante AK-Studie - Nachhilfe kostet die Eltern 5,5 Millionen ...](#)

STEIERMARK

[Meldungen:](#)

[ZWEI UND MEHR-Steirische Elternbrief im neuen Kleid](#)

[Gratiskindergarten in der Steiermark gefährdet!](#)

[Muster-Schreiben an steirische Landesregierung und Landtag, den Kindergarten nicht kostenpflichtig zu machen](#)

[PRESSEAUSSENDUNG KLUBOBFRAU INGRID LECHNER-SONNEK: „Alle Bildungseinrichtungen sprechen sich gegen die Abschaffung des Gratiskindergartens aus: SPÖ und ÖVP müssen endlich einlenken“](#)

[Hiobsbotschaft für Eltern: SPÖ stoppt Ausbau der Kinderbetreuung. Klimt-Weithaler \(KPÖ\): SPÖ-Schwenk ist eine bildungspolitische Katastrophe für die Steiermark](#)

TIROL

[Meldungen:](#)

[Gemeinden sparen durch Zusammenarbeit. Immer mehr Tiroler Gemeinden klagen über akute Finanznot. Viele Gemeinden versuchen deshalb, enger zusammenzuarbeiten, um Kosten zu sparen. Gespart wird etwa durch gemeinsame Einkäufe.](#)

VORARLBERG

[Meldungen:](#)

[Auf den Anfang kommt es an - Weitere Impulse in der Frühpädagogik](#)

WIEN

[Meldungen:](#)

[3. Wiener Landtag \(1\)](#)

[VP-Marek: SPÖ-Gesamtschule ist nicht die Lösung aller Probleme im Bildungsbereich - ÖVP Wien steht als Partner für sinnvolle Weiterentwicklung und notwendige Verbesserungen des Bildungssystems zur Verfügung](#)

[Wr Gemeinderat - SP-Wutzlhofer: Schule der Zukunft fördert Köpfe, nicht Ellbogen - ÖVP-Bildungspolitik verstaubt und nicht an Bedürfnissen der Kinder orientiert](#)

ELEMENTARBILDUNG

[Wieder wird am falschen Platz gespart.](#)

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

[Pädagogin: "Im Kindergarten braucht man durchaus einen Master"](#)

ELTERNBILDUNG

FAMILIENPOLITIK

[→ Siehe auch: KINDERBETREUUNG](#)

[Absage an Mitterlehners Kurs in der Familienpolitik](#)

[Katholischer Familienverband übt Kritik an Mitterlehner-Aussagen](#)

[Familie und Verfassung in Österreich - Eine kurze Analyse der verfassungsrechtlichen Regelungen](#)

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

[Bildung ab Geburt – eine Bildungsrevolution?](#)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Strategie auch für 2011: Sparen am Rücken der Schwächsten. Ein Negativbeispiel für die Einhaltung der Menschenrechte in Österreich

JUGENDWOHLFAHRT

BZÖ für ein Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz

KINDERBETREUUNG

Kinderbetreuung in der Schweiz: SODK Grundlagenbericht zur familienergänzenden Kinderbetreuung in den Kantonen 2010

Kinderbetreuung: Neuer Vorstoß der Frauenministerin

„Angelegenheit der Länder“

„Kein Feigenblatt für den Bund“

Minister will Familienfonds „sanieren“

➔ Siehe auch: FAMILIENPOLITIK

KINDERRECHTE

Kinderrechte in der Verfassung – aber nur teilweise

Kinderrechte in Verfassung, aber leider nicht in den Köpfen!

Nationalrat: Breite Mehrheit für Aufnahme von Kinderrechten in die ...

Kinderrechte: Zurückhaltende Reaktionen auf Gesetzesbeschluss ..

➔ Siehe auch: Institut für Kinderrechte und Netzwerk Kinderrechte ersuchen Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren um ihre Meinung zum Thema „Kinderrechte“ – BITTE UM MITHILFE

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

PÄDAGOGEN/INNEN

Lehrerausbildung: Trennung Hauptschul- und AHS- Lehrer soll fallen, Einbeziehung der Frühkindpädagogik

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-Aussendungen

Statuten Elementarbildung

BERICHTE ÜBER MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

Ideenkiste - Webportal für Elementarpädagogik gewinnt österreichischen Wirtschafts- und IT-Preis

MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM EDUCARE

Mitgliederliste

Neue Kinderfreunde-Homepage online

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

E-Mail-Aktion

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

[Die nächsten Hürden für Fremde](#)

[TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER](#)

[Tagesmütter betreuen auch in der Nacht](#)

[VERANSTALTUNGEN UND EVENTS](#)

[„Safety 1st - Sichere Nutzung Neuer Medien“ - Workshop für Eltern und PädagogInnen zum Thema Internetsicherheit und Medienkompetenz](#)

[Fachtagung Krippen, Kitas & Kindertagespflege: Kinder in den ersten drei Lebensjahren als Chance und Herausforderung für Fachkräfte](#)

[IMPRESSUM UND HINWEISE](#)

-

[AK, IV und JKU präsentieren Forderungen zum Thema „Frühkindliche Bildung“](#)

Linz (OTS) - Arbeiterkammer, Industriellenvereinigung und Johannes Kepler Universität Linz haben sich letztes Jahr zu einer Initiative zusammengeschlossen mit dem Ziel, das Schulsystem in Österreich und vor allem Oberösterreich zu verbessern. Heute präsentierten die Projektpartner die Ergebnisse einer IHS-Studie zum oberösterreichischen Bildungswesen sowie konkrete Vorschläge und Forderungen zum Thema "Frühkindliche Bildung".

Seit der Vorstellung des Projekts im September 2010 hat sich viel getan. Dr. Lorenz Lassnigg vom Institut für Höhere Studien hat in seiner Studie gezeigt: Oberösterreich ist stark bei der Berufsausbildung, aber schwach bei Früherziehung und höherer Bildung. Eine Tabelle mit wichtigen Benchmarks gibt es auf www.arbeiterkammer.com zum kostenlosen Download.

Die IHS-Studie ist mit wissenschaftlichen Expertinnen und Experten aus ganz Österreich diskutiert worden. In einer zweiten Runde haben namhafte Vertreter/-innen aus Wirtschaft, Gesellschaft und Schulwesen eine Stärken-Schwächen-Analyse des oberösterreichischen Bildungswesens erarbeitet.

Sowohl der wissenschaftliche Beirat als auch das Proponentenkomitee mit Menschen aus der Praxis haben festgestellt: Unser Schulsystem muss dringend verbessert werden. "Die Welt, insbesondere die industrielle Welt von gestern, ist nicht mehr jene von heute und morgen. Die Industrie hat sich stark gewandelt und benötigt nun für die Bewältigung ihrer Herausforderungen ein Bildungssystem, das sich den neuen Gegebenheiten anpasst", bekräftigt IV OÖ-Präsident DI Klaus Pöttinger.

Und weil Bildung nicht erst in der Schule beginnt, haben die Projektpartner zunächst die frühkindliche Bildung ausgewählt, um konkrete Ziele zu erarbeiten. Einigkeit herrscht darüber, dass die frühe Förderung ein ganz wesentliches Element für das Gelingen von Bildung darstellt. "Hier wird aber auch der Grundstein für echte

Chancengleichheit gelegt", betont AK-Präsident Dr. Johann Kalliauer. Keinesfalls solle der Kindergarten "verschult" werden: "Die Kinder sollen auch in Zukunft spielen und Geborgenheit erleben. Aber sie sollen auch professionell in ihrer Entwicklung unterstützt werden."

Uni-Rektor Prof. Dr. Richard Hagelauer ergänzt: "Frühkindliche Förderung legt den Grundstein für die weiteren Bildungswege, ihr muss künftig noch mehr Augenmerk geschenkt werden." Dabei gehe es nicht darum, Kinder schon im Vorschulalter unter Leistungsdruck zu setzen, sondern das Interesse und die Neugierde am Wissen und Lernen zu wecken.

Die wichtigsten Ziele der Projektpartner:

- Das EU-Ziel "Betreuungsplätze für mindestens ein Drittel der Unter-Dreijährigen" soll bis spätestens 2015 erreicht werden.

- Erweiterte Öffnungszeiten im Kindergarten haben nicht nur einen positiven Einfluss auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern bringen vor allem auch mehr Zeit für Frühförderung. Ziel ist daher die Ausweitung der Kindergartenplätze, die den sogenannten VIF-Kriterien entsprechen (mindestens 45 Stunden wöchentliche Öffnungszeit, an vier Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Angebot Mittagessen, maximal fünf Wochen im Jahr geschlossen) in jährlichen 10-Prozent-Schritten auf 45 Prozent im Jahr 2015.

- Bis 2015 soll die Gruppengröße auf 20 Kinder mit einem Betreuungsschlüssel von 1:10 gesenkt werden, bis 2020 sollen pro Gruppe mit 20 Kindern zwei ausgebildete Pädagogen/-innen arbeiten.

- Bei Gruppen, die einen hohen Anteil von Kindern mit einer anderen Erstsprache als Deutsch haben, ist eine zweite, speziell geschulte Fachkraft sofort vorzusehen.

- Die Ausbildung der Pädagogen/-innen soll ausgeweitet und auf Hochschulniveau gehoben werden.

Ein Foto von der heutigen Pressekonferenz finden Sie ab ca. 13 Uhr auf www.arbeiterkammer.com zum Herunterladen.

Rückfragehinweis:

Arbeiterkammer Oberösterreich, Kommunikation

Martina Macher

Tel.: (0732) 6906-2190

<mailto:martina.macher@akoee.at>

<http://www.arbeiterkammer.com>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/21/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Tabelle zum Download

[Oberösterreichs Bildungswesen im Bundesvergleich](#) (pdf/243 kb)

Unterlage zum Download

[Oberösterreichs Bildungswesen im Benchmarking der Bundesländer](#) (pdf/162 kb)

Studie zum Download

[Projektbericht von Lorenz Lassnigg \(IHS\)](#) (pdf/1.181 kb)

Sozialpartner wollen "frühkindliche Bildung" fördern [derStandard.at](#)

Am Donnerstag präsentierten die Projektpartner konkrete Vorschläge und Forderungen zum Thema "Frühkindliche Bildung". In einer Aussendung heißt es: "Bildung ..."

UMFRAGE

Institut für Kinderrechte und Netzwerk Kinderrechte ersuchen Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren um ihre Meinung zum Thema „Kinderrechte“ – BITTE UM MITHILFE

Sehr geehrte Damen und Herren!

Besonders jetzt, da die Kinderrechte in die Verfassung aufgenommen worden sind, wäre es wichtig, von Kindern und Jugendlichen zu erfahren, welche Meinungen und Einstellungen sie zu verschiedenen Aspekten des Themas haben.

Das Institut für Kinderrechte hat gemeinsam mit dem Netzwerk Kinderrechte einen Fragebogen für 12- bis 19jährige Jugendliche zum Thema Rechte von Kindern und Jugendlichen in Österreich konzipiert, der seit einigen Wochen online ist. Zu dem Fragebogen kommt man unter der Adresse

www.kinderhabenrechte.at/feedback

Die Ergebnisse der Befragung sind für einen Bericht an die Vereinten Nationen über die Umsetzung und Einhaltung der Kinderrechte in Österreich bestimmt. Die Fragen reichen vom Recht auf Partizipation und Meinungsäußerung, Versorgung und Unterbringung, über das Recht auf Bildung, Gesundheit, Ruhe und Freizeit sowie Schutz vor Gewalt und Diskriminierung, bis hin zum Wissen der Kinder und Jugendliche über ihre Rechte.

Indem Kinder selbst zu Wort kommen und über ihre persönlichen Erfahrungen mit Kinderrechten berichten, wollen wir erfahren, in welchen Bereichen diese Rechte beschnitten sind und Maßnahmen geboten sind. Das wäre gerade jetzt wichtig, nachdem die Kinderrechte so unzufriedenstellend umgesetzt worden sind.

Wir haben bisher etwa 120 ausgefüllte Fragebögen, es wäre sehr wichtig, dass **möglichst viele Jugendliche von der Befragung erfahren.**

Wenn Sie eine Möglichkeit sehen, ihn an Jugendliche weiterzuverbreiten, wären wir sehr dankbar.

Falls Sie die Befragung mit einer größeren Zahl von Jugendlichen durchführen könnten, aber keinen Computerzugang haben, lassen wir Ihnen eine Papierversion des Fragebogens zukommen. Sinnvoll wäre das aber wirklich nur dann, wenn damit eine größere Zahl von Jugendlichen erreicht wird (weil das Projekt nur rudimentär finanziert ist und die Eingabe sonst kaum bewerkstelligt werden kann).

Danke im Voraus für Ihre Unterstützung!

Mag. Winfried Moser
Wissenschaftlicher Leiter

Institut für Kinderrechte und Elternbildung
Ballgasse 2, 6. Stock
1010 Wien

+43 699 1948 3800

winfried.moser@kinderrechteinstitut.at

BM:UKK / BM.W_F

BM:UKK-Homepage

BMWF Homepage

Beatrix Karl: Universitäten sind kinder- und familienfreundlicher geworden - Engagement weiter ausbauen - Wissenschafts- und Forschungsministerin bei Präsentation der Broschüre "Das ABC der Kinderbüros"

Wien (OTS) - "Die österreichischen Universitäten sind in den vergangenen Jahren kinder- und familienfreundlicher geworden. Diese positive Entwicklung ist zum einen zurückzuführen auf den gesellschaftlichen Bewusstseinswandel, zum anderen ist sie aber vor allem auch Ergebnis der vielseitigen Bemühungen von engagierten Frauen und Männern an den Universitäten sowie im Wissenschaftsministerium und in der Politik. Dieses Engagement gilt es weiter auszubauen", betont Wissenschafts- und Forschungsministerin Dr. Beatrix Karl. Sie nahm heute an der gemeinsam vom Wissenschaftsministerium und dem Netzwerk der Kinderbüros und den Kinderbetreuungsbeauftragten der Universitäten initiierten Veranstaltung "Universität für Groß und Klein" im Wissenschaftsministerium teil, die ganz im Zeichen der Vereinbarkeit von Studium, Wissenschaft und Kind stand. Nach Erfahrungsberichten von Eltern wurden neue Initiativen an den Universitäten präsentiert, darunter die Broschüre "Das ABC der Kinderbüros", herausgegeben vom Wissenschaftsministerium und den Universitäten.

Die neue Broschüre, die von den drei Schüler/innen Vanessa, Maxi und Sophie illustriert wurde, informiert über aktuelle Initiativen in der universitären Kinderbetreuungslandschaft. Die Entwicklung der Kinderbüros wird nachgezeichnet, ebenso gibt es einen Ausblick auf zukünftigen Herausforderungen.

Vor mehr als zehn Jahren wurde im Wissenschaftsministerium mit dem Projekt "**Kinderbetreuung** an Universitäten" eine erste Anlaufstelle eingerichtet. Wesentliches hat sich seither an den Universitäten entwickelt: Kinderbetreuungsbeauftragte an den Universitäten wurden ernannt, um das Beratungs-, Informations- und Vermittlungsangebot in Fragen der **Kinderbetreuung** zu verbessern. An vielen Universitäten gibt es inzwischen Kinderbüros als Informationsstellen für **Kinderbetreuung** und mit Kindern verbundene Fragen, Kindergärtenplätze in Universitätskindergärten oder, über Kooperationen mit Kindergärten bereitgestellte, Krabbelstuben für Kinder von Studierenden und Universitätsbediensteten. Als zusätzliche Informationshilfe wird vom BMWF die webbasierte Informationsplattform www.unikid.at gefördert.

Heute sind die Universitäten verpflichtet, Maßnahmen zu **Kinderbetreuung** für Studierende zu entwickeln. Sie haben ausreichend geeignete Kinderbetreuungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen und Arbeitsmodelle anzubieten, die es Studierenden und Beschäftigten ermöglichen, Beruf/Studium und private Betreuungspflichten gut miteinander zu verbinden. "Die Vereinbarkeit von Familie und Studium bzw. Beruf geht nicht nur Frauen etwas an - ich sehe dies als gesamtgesellschaftliche Herausforderung", so die Ministerin.

Laut der Studierenden-Sozialerhebung 2009 haben rund zehn Prozent der Studierenden ein Kind bzw. mehrere Kinder. Der Anteil der Studierenden mit Kind ist an Pädagogischen Hochschulen und in berufsbegleitenden FH-Studiengängen am höchsten (22,1 Prozent bzw. 19,6 Prozent), wobei hier auch das Durchschnittsalter der Studierenden am höchsten ist. An FH-Vollzeit-Studiengängen haben nur 2,4 Prozent der Studierenden Kind(er), an wissenschaftlichen Universitäten 8,8 Prozent.

Die Broschüre "Das ABC der Kinderbüros" finden Sie unter www.bmwf.gv.at

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM/Original Bild Service, sowie im OTS Bildarchiv unter <http://bild.ots.at>

Rückfragehinweis:

~

Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung
Minoritenplatz 5, 1014 Wien
Pressesprecherin: Mag. Elisabeth Grabenweger
Tel.: +43 1 531 20-9014
<mailto:elisabeth.grabenweger@bmwf.gv.at>
www.bmwf.gv.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/43/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

[→ ABC_Kinderbuero.pdf](#)

BUNDESLÄNDERMELDUNGEN, BUNDESVERFASSUNGSREFORM

Gesetze Bundesländer

Bundeskanzleramt RIS
Informationsangebote

[Bundesrat in seiner jetzigen Form „völlig für die Katz“](#)

[DiePresse.com](#)

Verwaltungsreform. Radikale Vorschläge kommen aus der Steiermark: Länder sollen keine Gesetze mehr beschließen, der Landtag auf 20 Sitze verkleinert werden ...

[→ Siehe auch: Kinderbetreuung: Neuer Vorstoß der Frauenministerin](#)

BURGENLAND



Burgenland: www.burgenland.at

Meldungen: keine

KÄRNTEN



Kärnten: www.ktn.gv.at

Meldungen:

Kindergärten dehnen Mittags-Angebot aus

[Kleine Zeitung](#)

In Klagenfurts Kindergärten können nun alle Kinder aus Halbtagsgruppen zu Mittag essen. Bisher gab es dieses Angebot nur für jene Halbtagskinder, ...

NIEDERÖSTERREICH



Niederösterreich: www.noel.gv.at

Meldungen: keine

OBERÖSTERREICH



Oberösterreich: www.ooe.gv.at

Meldungen:

Sozialpartner wollen "frühkindliche Bildung" fördern

[derStandard.at](#)

Am Donnerstag präsentierten die Projektpartner konkrete Vorschläge und Forderungen zum Thema "Frühkindliche Bildung". In einer Aussendung heißt es: "Bildung ...

➔ **Siehe auch: AK, IV und JKU präsentieren Forderungen zum Thema „Frühkindliche Bildung“**

Wer zahlt? - Streit um Mehrkosten durch Gratiskindergarten

[Krone.at](#)

Einige oberösterreichische Gemeinden stöhnen über ungedeckte Mehrkosten durch den "Gratiskindergarten", mit ihren Resolutionen muss sich der ...

SALZBURG



Salzburg: www.salzburg.gv.at

Meldungen:

Brisante AK-Studie - Nachhilfe kostet die Eltern 5,5 Millionen ...

[Krone.at](#)

Ferner gefordert: Die umstrittene gemeinsame Mittelschule der 10- bis 14- Jährigen und das kostenlose aber verpflichtende Kindergartenjahr für Fünfjährige ...

STEIERMARK



Steiermark: www.steiermark.at

Meldungen:

ZWEI UND MEHR-Steirische Elternbrief im neuen Kleid

Das neue Jahr hat begonnen und nach der "stillsten Zeit im Jahr" wird auch im Referat Familie auf Hochtouren an der Aktualisierung und Neuentwicklung zentraler Informationsmaterialien für Familien und wichtige NetzwerkpartnerInnen gearbeitet, die Sie in Kürze frei Haus, online oder im umfassenden Angebot der Familien- & Kinderinfo finden. Schon von Anfang an - etwa mit dem Steirischen Elternbrief - möchte Landesrätin Grossmann mit den Angeboten des Ressorts Familie Hilfe und Orientierung geben, um die vielen positiven Seiten der Elternschaft und des Familienlebens bestmöglich unterstützen zu können.

Trotz der vielerorts zitierten Notwendigkeit des Sparens ist es erfreulich, dass zahlreiche Verantwortliche und KooperationspartnerInnen mit ungebrochener Begeisterung und hohem Engagement für Familien wichtige Impulse setzen wollen. Einen Auszug aus diesem Angebot soll der nun vorliegende erste Newsletter 2011 geben.

Wir freuen uns auf Ihre Fragen und Anliegen und wünschen ein erfüllendes Neues Jahr!

Mit familienfreundlichen Grüßen für das Referat Familie,

Mag.^a Martina Grötzschnig, MC

→ <http://www.zweiundmehr.steiermark.at/cms/beitrag/11351187/50571834>

Gratiskindergarten in der Steiermark gefährdet!

Und wieder soll der "Sparstift" angesetzt werden - bei der Bildung der Kinder. Konnten bisher die Drei- bis Sechsjährigen in der Steiermark den Kindergarten gratis besuchen, droht diesem aufgrund des Sparkurses der Landesregierung nun das Aus.

Landesrätin Mag.^a Grossmann: „Gut für die Steirerinnen und Steirer: der Gratiskindergarten für alle 3-6jährigen Kinder! **Der Gratiskindergarten ist das Herzstück der steirischen Familien- und Bildungspolitik!** Mit dem einstimmigen Beschluss im Sonderlandtag am 02. September 2008 ist der Gratiskindergarten in der Steiermark eingeführt worden.“

„Ich freue mich als Familien- und Bildungslandesrätin, dass die Steiermark seit der Einführung des Gratiskindergartens die Nummer eins in Österreich in Sachen Kinderbetreuung und elementarer Bildung ist“, sagt Elisabeth Grossmann. „Auf diesem Wege möchte ich mich auch nochmals ganz herzlich bei meiner Vorgängerin **Bettina Vollath** bedanken, die als Erfinderin des Gratiskindergartens einen wichtigen Meilenstein für die steirischen Familien geschaffen hat.

„Durch den Gratiskindergarten schafft die Steiermark größtmögliche Chancengleichheit im Zugang zu elementarer Bildung für alle steirischen Kinder“, freut sich Landesrätin **Grossmann**.

Nachzulesen auf der Homepage des Landes Steiermark, Bildung, Familie und Jugend

(<http://www.menschen.steiermark.at/cms/ziel/34234663/DE/> bzw.

<http://www.menschen.steiermark.at/cms/ziel/42833674/DE/>).

„Kaum konnten sich die Eltern in der Steiermark über den Gratis-Kindergarten für alle Drei- bis Sechsjährigen freuen, droht diesem aufgrund des Sparkurses der Landesregierung schon wieder das Aus. Denn in der Steiermark gibt es für ausnahmslos alle Ressorts die Vorgabe, 25 Prozent zu sparen. Bis März müssen die Vorschläge der einzelnen Landesräte für Kürzungen auf dem Tisch der

Finanzlandesrätin Bettina Vollath (SPÖ) liegen.“ – so die Meldung in der Tageszeitung „Der Standard“ <http://derstandard.at/1295570554381/Steiermark-Zittern-um-Gratis-Kindergarten>).

**Wir sind der Meinung, dass Einsparungen im Kindergartenbereich sowohl einen bildungs- als auch einen sozialpolitischen Kahlschlag darstellen und deshalb alles daran gesetzt werden muss, diesen Schritt zurück doch noch zu verhindern.
Unser Ziel muss eine gerechtere Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle Kinder sein!**

Wir appellieren an die Öffentlichkeit, Eltern und PädagogInnen, hier gegensteuernd tätig zu werden!

Hier finden Sie die E-Mail-Adressen der steirischen PolitikerInnen:

Landeshauptmann Mag. Franz Voves: franz.voves@stmk.gv.at
 Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer: hermann.schuetzenhoefer@stmk.gv.at
 Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried Schrittwieser: siegfried.schrittwieser@stmk.gv.at
 Landesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann (Kindergarten): elisabeth.grossmann@stmk.gv.at
 Landesrätin Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath (Finanzen): bettina.vollath@stmk.gv.at
 Landtagspräsident Manfred Wegscheider: manfred.wegscheider@stmk.gv.at
 Klubobmann der SPÖ LTAvg. Walter Kröpfl: ltk-spoe@stmk.gv.at
 Klubobmann der ÖVP LTAvg. Mag. Christopher Drexler: ltk-oevp@stmk.gv.at
 Klubobmann der FPÖ LTAvg. Mag. Dr. Georg Mayer: ltk-fpoe@stmk.gv.at
 Klubobfrau der GRÜNEN LTAvg. Ingrid Lechner-Sonnek: ltk-gruene@stmk.gv.at
 Klubobfrau der KPÖ LTAvg. Claudia Klimt-Weithaler: ltk-kpoe@stmk.gv.at

Mit der Einführung des Gratiskindergarten zeigte die steirische Landesregierung, dass Chancengerechtigkeit nicht nur bei Sonntagsreden verkündet wird. Sie zeigte, dass ihr bewusst ist, dass jeder Euro, der in Frühe Bildung investiert wird, unsere Zukunft sichert und den Wirtschaftsstandort erhält.

Der Kindergarten muss von Anfang an beitragsfrei und mindestens 2 Jahre verpflichtend sein! Nur dann haben auch Kinder aus sozial benachteiligten Familien eine Chance auf einen guten Start in die Schule und damit auf weitere Bildungs- und Ausbildungschancen.

Wir appellieren an Herrn Landeshauptmann Mag. Franz **Voves** (SP), Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Hermann **Schützenhöfer** (VP), Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Siegfried **Schrittwieser** (SP) und die zuständige Landesrätin, Frau Mag.^a Elisabeth **Grossmann** (SP), wir appellieren an den steiermärkischen **Landtag** sich der sozialen Verantwortung zu stellen, und nicht bei den Ärmsten der Armen, die sich nicht wehren können, zu sparen zu beginnen!

Bildung beginnt im Kindergarten!

Pisa hat es uns wieder bewiesen: Österreich ist ein Land, in dem Bildungschancen vererbt werden: unser Bildungssystem behandelt Kinder aus sozial schwachen Milieus außerordentlich ungerecht. Es sind nicht die Kinder schuld, wenn sie am Ende ihrer Pflichtschulzeit nicht lesen können. Es ist die Politik, die zu wenig unternimmt um das System gerechter und effizienter zu machen.

**Unser Ziel muss sein, Bildungschancen für alle herzustellen.
Erster und wichtigster Ansatzpunkt für ein gerechteres System ist die Elementarbildung!**

Niemand kommt auf die Idee, bei der Pflichtschule Beiträge von den Eltern zu verlangen. Studiengebühren werden von der SPÖ nach wie vor vehement abgelehnt. Bei den Gebühren für den Kindergarten haben die PolitikerInnen – auch die Sozialdemokratischen! – offensichtlich wenig Hemmungen.

Kinderbewahranstalt und nicht Kindergarten?

Die PolitikerInnen vertrauen ihrer klischeehaften Meinung und der noch immer weit verbreiteten Stimmung im „Wahlervolk“, dass Kinder im Vorschulalter am besten bei der Mutter aufgehoben sind.

Da kann man gut die Stellung vertreten, dass 1 Jahr verpflichtend und beitragesfrei im Kindergarten genug ist.

Da ist es nicht notwendig, sich mit gesellschaftspolitischen Änderungen in der Bevölkerungs- und Familienstruktur herumplagen.

Da braucht man sich nicht an den vielen Studien orientieren, die nachweisen, dass z.B. erfolversprechende Sprachförderung im Alter von 2 bis 4 Jahren stattfinden muss.

**Jede Investition in die frühe Bildung ist eine Investition in unsere Zukunft!
Ein kostenpflichtiger Kindergarten ist kontraproduktiv!**

Muster-Schreiben an steirische Landesregierung und Landtag, den Kindergarten nicht kostenpflichtig zu machen

PRESSEAUSSENDUNG KLUBBOFRAU INGRID LECHNER-SONNEK: „Alle Bildungseinrichtungen sprechen sich gegen die Abschaffung des Gratiskindergartens aus: SPÖ und ÖVP müssen endlich einlenken“

Die Plattform EduCare ist eine österreichweite Arbeitsgemeinschaft aus allen relevanten Institutionen, Interessensgemeinschaften und TrägerInnenorganisationen aus dem Bildungsbereich und fordert SPÖ und ÖVP heute in einer Aussendung auf, allen Kindern gerechte Bildungschancen zu gewähren und den Gratiskindergarten beizubehalten

Die Grünen begrüßen die Aussendung der Plattform EduCare und fordern wie diese die Beibehaltung des Gratiskindergartens ein.

„Bildung muss kostenlos bleiben. Gerade die Frühförderung ist bei benachteiligten Kindern besonders wichtig. Den freien Bildungszugang im wichtigsten Bereich einzuschränken, ist nicht nur vor dem Hintergrund der PISA-Ergebnisse verantwortungslos. Unser Ziel muss eine gerechtere Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle Kinder sein“, so Klubobfrau LAbg. Ingrid Lechner-Sonnek.

Die Erklärung von EduCare finden Sie im Anhang.

Rückfragen bitte an: Max Oswald, i.V. des Pressesprechers, 0676/86661983.

→ <http://www.plattform-educare.org/Presse%2024.01.2011%20-%20Steiermark.htm>

→ <http://www.stmk.gruene.at/presse/meldung/gruene-zur-abschaffung-des-gratiskindergartens/>

Hiobsbotschaft für Eltern: SPÖ stoppt Ausbau der Kinderbetreuung. Klimt-Weithaler (KPÖ): SPÖ-Schwenk ist eine bildungspolitische Katastrophe für die Steiermark

Mit einer Überraschung endete in der Sitzung der Landtags am 18. Jänner die Abstimmung über einen Antrag der KPÖ, in dem der **Ausbau von Kinderkrippen und Kindergärten in Hinblick auf die „Barcelona-Ziele“** sowie die Verankerung eines **Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für drei- bis sechsjährige Kinder** gefordert wurde. Die SPÖ, die beide Forderungen bisher unterstützt und sogar im Landtagswahlkampf aufgestellt hat, stimmte gemeinsam mit der ÖVP gegen ihre eigenen bildungspolitischen Grundsätze. FPÖ und Grüne unterstützten den Antrag der KPÖ.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler zeigte sich sehr enttäuscht über den Schwenk der SPÖ, da sie sowohl bildungs- als auch frauenpolitisch ein großer Schritt zurück sei: „Dass die SPÖ diesen Antrag angelehnt hat, zeigt, dass sie ihre bildungspolitischen Ziele im Bereich der Kinderbetreuung

nie wirklich ernst genommen hat. In Anbetracht der österreichischen PISA-Ergebnisse ist dieses Verhalten eine Schande, Bildung beginnt bekanntlich schon vor der Schule.“

Klimt-Weithaler erinnert daran, dass neben dem nun von der SPÖ bestätigten Ausbaustopp im Bereich der Kinderbetreuung auch die Wiedereinführung von Kindergartengebühren ins Haus stehe. „In diesem Fall kann man der SPÖ nicht einmal unterstellen, als Erfüllungsgehilfe der Industriellenvereinigung zu handeln. Denn diese weist ebenso wie die Arbeiterkammer seit Jahrzehnten auf die Bedeutung des Ausbaus der Kinderbetreuung in der Steiermark hin“, so die KPÖ-Klubobfrau.

Rückfragehinweis: KPÖ-Landtagsklub, 0316/877-5102

TIROL



Tirol: www.tirol.gv.at

Meldungen:

Gemeinden sparen durch Zusammenarbeit. Immer mehr Tiroler Gemeinden klagen über akute Finanznot. Viele Gemeinden versuchen deshalb, enger zusammenzuarbeiten, um Kosten zu sparen. Gespart wird etwa durch gemeinsame Einkäufe.

→ <http://tirol.orf.at/stories/495176/>

VORARLBERG



Vorarlberg: www.vorarlberg.at

Meldungen:

Auf den Anfang kommt es an - Weitere Impulse in der Frühpädagogik

Bregenz (OTS/VLK) - Die Gestaltung der Frühpädagogik ist und bleibt für das Land Vorarlberg ein entscheidendes Zukunftsthema, betonten Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Landesrat Siegi Stemer heute, Dienstag, im Pressefoyer. Initiativen wie Elternbildung, Kindergartenvorsorge, Sprachförderung, Schulreifescreeing und kindgerechter Schuleingang werden weiter ausgebaut.

Das Land Vorarlberg hat als Unterstützung für die Gemeinden seine Ausgaben für die Kindergärten in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert: 2008 waren knapp 19 Millionen Euro budgetiert, 2009 knapp 24,3 Millionen und 2010 schon 32,9 Millionen. Im Voranschlag 2011 ist trotz Spardisziplin eine weitere Steigerung von über zehn Prozent enthalten. Anders gesagt: Im Kindergartenjahr 2008/09 hat das Land Vorarlberg 2.010 Euro pro Kind investiert, im laufenden Jahr sind es schon 3.361 Euro.

Testergebnisse zeigen, dass zu viele Kinder und Jugendliche grundlegende Bildungskompetenzen wie Lesen, Vorlesen, Erzählen, Rechnen, Schreiben etc. nicht ausreichend beherrschen. "Frühe Diagnose und frühe Förderung sind die Schwerpunkte, die wir vertiefen müssen. Hier sind **Kindergarten**, Schule und Elternhaus gemeinsam in der Verantwortung gefordert", sagt Landesrat Stemer.

Insbesondere bei der zentralen Aufgabe des Spracherwerbs sind auch die Eltern gefordert, selbst einen Beitrag zur Verbesserung des Sprachstands ihrer Kinder zu leisten. Dafür bekommen sie vom **Kindergarten** Spielanregungen, um diese dann mit ihren Kindern umzusetzen. Genauso baut der **Kindergarten** Anregungen der Eltern ein. Insbesondere für Migrantenfamilien wurde in Zusammenarbeit mit der Projektstelle "okay. zusammen leben" ein Elternratgeber mit dem Titel "Sprich mit mir und hör mir zu" produziert, welcher kostenlos im ganzen Land verwendet wird. Für die gleiche Zielgruppe wurde in den öffentlichen Bibliotheken die Materialienladen "Lies mir vor und spiel mit mir!" mit Spielen und mehrsprachigen Kinderbüchern inklusive eines Elternhandbuchs aufgelegt. Die Nachfrage ist auch hier sehr groß.

Kindergartenstatistik Vorarlberg

H	2010/11	2009/10
Kindergärten	248	243
Gruppen	543	518
Kinder	9.784	9.730
davon Dreijährige	1.724	1.532
Kindergartenpädagoginnen	897	842
davon Sonderkindergartenpädagoginnen	39	37
Kindergartenhelferinnen	326	301

Rückfragehinweis:

Landespressestelle Vorarlberg
 Tel.: 05574/511-20137, Fax: 05574/511-920196
<mailto:presse@vorarlberg.at>
<http://www.vorarlberg.at/presse>

Hotline: 0664/625 56 68, 625 56 67

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/16/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
 INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

WIEN



Wien: www.wien.gv.at

Meldungen:

3. Wiener Landtag (1)

APA OTS (Pressemitteilung)

Er wollte wissen, ob sich Oxonitsch auf Landesebene für einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr einsetzen wolle. ...

VP-Marek: SPÖ-Gesamtschule ist nicht die Lösung aller Probleme im Bildungsbereich - ÖVP Wien steht als Partner für sinnvolle Weiterentwicklung und notwendige Verbesserungen des Bildungssystems zur Verfügung

Wien (OTS) - Im Rahmen der Aktuellen Stunde im heutigen Wiener Gemeinderat erteilte Christine Marek, Klubobfrau der ÖVP Wien, den "Gesamtschul-Phantasien" der SPÖ bei gleichzeitiger Zerschlagung der bewährten Langform der Gymnasien einmal mehr eine klare Absage. "Auch

wenn sie die Gesamtschule immer wieder und gebetsmühlenartig als die Lösung sämtlicher Probleme im Bildungsbereich darstellen und den Wienerinnen und Wienern einreden möchten, dass es sich dabei quasi um die 'eierlegende Wollmilchsau' handelt, so ist das nicht nur falsch, sondern auch viel zu kurz gegriffen. Der letzte PISA-Test in Wien hat einmal mehr klar aufgezeigt, dass Wien auch bildungspolitisch österreichweit Schlusslicht ist", so Marek. Ein Blick auf die Fakten bestätige diese Tatsache klar und deutlich. Die Bildungskarriere unserer Kinder starte bereits weit vor dem zehnten Lebensjahr - nämlich mit dem **Kindergarten** und der Volksschule - und da müsse man ansetzen.

In diesem Zusammenhang weist die Klubobfrau auf die offensichtlichen Mängel im Bereich des Platz- und Personalangebotes hin und erneuert ihre Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz, der von Rot-Grün abgelehnt wird. "Somit werden Eltern auch weiterhin in Wien zu Bittstellern degradiert, wenn sie für ihr Kind einen Kindergartenplatz suchen und oft nach monatelangem Warten schließlich doch eine Absage erhalten. Zahlreiche Mails und Briefe von betroffenen Eltern bestätigen diese absolut unbefriedigende Situation", so Marek, die sich auch durch den aktuellen Bericht des Kontrollamts zum Wiener Gratiskindergarten in ihrer Kritik bestätigt sieht. "Der **Kindergarten** in Wien ist leider zu einem großen Teil weit davon entfernt, alle Kinder bestmöglich zu fördern, ihnen gleiche Chancen zu bieten und sie optimal auf die Volksschule und den weiteren Bildungsweg vorzubereiten."

Marek hebt auch die große Zahl an Schülern/innen in Wien hervor, die aufgrund unzureichender Deutschkenntnisse als außerordentliche Schüler/innen geführt würden. "Allein im vergangenen Schuljahr waren es über 8.000. Aber statt diese Kinder in einem eigenen Vorschuljahr optimal und gezielt auf die Schule vorzubereiten, wie wir es fordern, werden sie einfach mitgeschleppt und sind damit schon fast vorprogrammierte Bildungsverlierer. Denn wir alle wissen, dass es für die Ermittlung der Schulreife, die ja Grundlage für die Frage Vorschule oder nicht ist, die Sprachkompetenz im Sinne von Deutsch-können keine Relevanz hat. Auch wenn die SPÖ noch so oft das Gegenteil behauptet." Auch die vorhandenen Angebote in Sachen Sprachunterricht seien schlecht bzw. falsch organisiert. "Denn die elf Stunden Deutschförderung und zwei Stunden muttersprachlicher Unterricht pro Woche finden nicht ERGÄNZEND zu den 20 Wochenstunden Unterricht in der Volksschule statt, sondern parallel dazu. Das bedeutet, dass Kinder mit schlechten Deutschkenntnissen, die sich meist ohnehin schon schwerer tun, so noch schlechtere Chancen haben. Sie müssen das, wofür die anderen Kinder ausreichend Zeit haben, in rund einem Drittel der Zeit absolvieren. Chancengleichheit und optimale Förderung sehen anders aus."

Eine wesentliche Maßnahme zur Förderung von Schülerinnen und Schülern sieht Marek in der Entwicklung und Forcierung ganztägiger Schulformen. Im Besondern, wenn es um die Förderung von Lese- und Sprachkompetenzen gehe, würden ganztägige Schulformen die Möglichkeit bieten, sowohl dem Regelunterricht zu folgen, als auch einen Schwerpunkt auf die Förderung und den Spracherwerb zu legen. Damit könnten auch diejenigen Kinder, deren Eltern sie - aus welchem Grund auch immer - nicht im notwendigen Ausmaß fördern können, unterstützt werden. "Das alles können wir aber nur gewährleisten, wenn die Rahmenbedingungen optimal gestaltet sind. Neben den entsprechenden und geeigneten Räumlichkeiten für Unterricht und Freizeitgestaltung braucht es ausreichend und gut qualifiziertes Personal. In Containern und mit im Crashkurs ausgebildetem Personal, wie dies in Wien leider an der Tagesordnung ist, kommen wir sicher nicht weiter", betont Marek, die in diesem Zusammenhang auch auf einen aktuellen Bericht des Kontrollamts hinweist, der einmal mehr klar bestätigt habe, dass die räumlichen und sicherheitstechnischen Zustände in den Wiener Schulen teilweise katastrophal seien.

"Als ÖVP Wien bekennen wir uns ganz klar zu ganztägigen Schulformen, denn neben den pädagogischen Aspekten kann nur so eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf gewährleistet werden. Es muss aber den Eltern vorbehalten sein, die für sie jeweils optimale Form

zu wählen. Daher muss es sowohl verschränkte Ganztagschulen als auch klassische Schulen mit Nachmittagsbetreuung geben. Dass jede dieser Varianten in der besten Qualität ausgestaltet sein muss, versteht sich wohl von selbst", so die Klubobfrau der ÖVP Wien, die sich abschließend auch gegen die von der SPÖ geplante Zerschlagung des Gymnasiums und die Einführung einer undifferenzierte Einheitsschule für alle 10- bis 14jährigen ausspricht. "Die Schule muss die Kinder auf eine immer stärker fordernde Arbeitswelt und Lebensrealitäten vorbereiten. Dazu müssen wir Bewährtes erhalten und weiterentwickeln und notwendige Verbesserungen rigoros umsetzen. Dafür stehen wir als Partner auch ganz klar zur Verfügung."

Rückfragehinweis:

ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien
Tel.: T:(+43-1) 4000/81 916, F:(+43-1) 4000/99 819 60
<mailto:eva.gruy@oevp-wien.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/251/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Wr Gemeinderat - SP-Wutzlhofer: Schule der Zukunft fördert Köpfe, nicht Ellbogen - ÖVP-Bildungspolitik verstaubt und nicht an Bedürfnissen der Kinder orientiert

Wien(OTS/SPW-K) - "Es braucht eine Neuorganisation des Schulsystems, die dafür sorgt, dass das gesellschaftliche Wissen verbreitet und vermehrt wird und in dem alle Kinder Rahmenbedingungen vorfinden, in denen sie selbstbestimmt und mit Freude lernen können", sagt Gemeinderat Mag. Jürgen Wutzlhofer heute in seiner Rede im Wiener Gemeinderat, "Das ist die Schule der Zukunft. Eine Schule der Zukunft kann kein Aufwärmen von Dingen sein, wie es die ÖVP praktiziert. Heute noch wirft die ÖVP mit Begriffen um sich, die die Christlich-Sozialen schon 1922 im Zusammenhang mit der Bildungsdebatte benutzt haben. Das ist die überbordende Originalität der ÖVP!"

Immer wieder verwende die ÖVP im Zusammenhang mit der Neuen Wiener Mittelschule die gleichen Scheinargumente, bedauert Wutzlhofer: "Ständig ist da von Gleichmacherei die Rede. Das zeigt, dass die ÖVP das Prinzip der gemeinsamen Schule nicht verstanden hat. Das Prinzip der Wiener Mittelschule heißt nämlich Individualisierung. Es geht darum, dass alle Kinder bessere Rahmenbedingungen vorfinden, um selbstbestimmt nach ihren Begabungen zu lernen." Die ÖVP propagiere ein verstaubtes Modell, bei dem die Kinder in "oben" und "unten" eingeteilt werden, bei dem die Kinder ins System passen müssen, statt dass das System an die Bedürfnisse der Kinder angepasst werde. "So etwas kann niemals im Zentrum fortschrittlicher Bildungspolitik stehen", betont der SPÖ-Politiker, "Außerdem geht es wie gesagt darum, allen Kindern Zugang zu besserer Bildung zu ermöglichen. Oder wie erklären Sie sich, dass 77 Prozent der Kinder aus Akademikerhaushalten in eine AHS gehen, während es bei Eltern mit Pflichtschulabschluss nur zwölf Prozent sind? Glaubt die ÖVP wirklich, dass Kinder von Eltern mit Pflichtschulabschluss weniger begabt sind? Wir sagen, an dieser Art der Bildungspolitik muss jetzt etwas geändert werden!"

"Uns geht es darum, Köpfe zu fördern, nicht Ellbogen. Dafür braucht es die passenden Rahmenbedingungen. Deswegen beginnt die Förderung in Wien schon im **Kindergarten**", stellt Wutzlhofer klar, "Der Anfang fortschrittlicher österreichischer Bildungspolitik ist in Wien. Daher investieren wir 17 Millionen in die Erweiterung bestehender Schulen, 55 Millionen in die Sanierung von Schulen, 90 Millionen in Neubauprojekte und 6,7 Millionen allein heuer in neue Kindergartenplätze."

"Eine Politik, die die Zukunft im Blick hat, hat immer auch die Bildung im Blick. Alles andere schaut ganz schön alt aus", schließt

Wutzlhofer. (Schluss)

Rückfragehinweis:

SPÖ Rathausklub, Presse
Mag. (FH) Evelyn Bäck
Tel.: (01) 4000-81 922
<mailto:evelyn.baeck@spw.at>
<http://www.rathausklub.spoe.at>

ELEMENTARBILDUNG

Wieder wird am falschen Platz gespart.

[Live-PR.com](#)

Erster und wichtigster Ansatzpunkt für ein gerechteres System ist die Elementarbildung! Niemand kommt auf die Idee, bei der Pflichtschule Beiträge von den ...

ELEMENTARPÄDAGOGEN/INNEN

Pädagogin: "Im Kindergarten braucht man durchaus einen Master"

[Lehrer.DiePresse.com](#)

Sind die Kindergartenpädagoginnen für die Sprachförderung ausreichend ausgebildet? ... Die Kindergartenpädagoginnen müssen mindestens 18 Jahre alt sein, ...

ELTERNBILDUNG

Kärnten - Elternbildung am Institut für Bildung und Beratung ...

"Die Elternbildung ist uns ein ganz wichtiges Anliegen", betonte der Landeshauptmann. Früher habe die Familie als Sozialgemeinschaft viele Aufgaben ...

www.freshdads.com/.../kärnten-elternbildung-am-institut-für-bil...

FAMILIENPOLITIK

→ Siehe auch: KINDERBETREUUNG

Absage an Mitterlehners Kurs in der Familienpolitik

[DiePresse.com](#)

Länderförderungen. „Das lässt sich keine andere Gruppe gefallen“: Familienverband warnt vor Einschränkungen. Oberösterreich sieht den Wunsch des Ministers ...

Katholischer Familienverband übt Kritik an Mitterlehner-Aussagen

Der Katholische Familienverband Österreich (KFÖ) übt Kritik an jüngsten Aussagen von Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner, der bzgl. der Bundesländer von einem Wildwuchs bei der

Familienförderung gesprochen hatte und die Länder aufforderte, mehr Geld in den Ausbau der Kinderbetreuung zu investieren.

"Es ist doch sehr eigenartig, wenn ausgerechnet der Familienminister die materiellen Leistungen, die von Bundesländern zugunsten der Familie aufgebracht werden, als 'Wildwuchs' sieht und deren Kürzungen betreiben will", so KFÖ-Präsident Clemens Steindl in einer Aussendung.

<http://www.kathpress.at/site/nachrichten/database/37022.html>

Familie und Verfassung in Österreich - Eine kurze Analyse der verfassungsrechtlichen Regelungen

VON WOLFGANG MAZAL

Verfassungen, die in modernen Staaten als grundlegende Regelungen für das Zusammenleben in einem Staat zu qualifizieren sind, erfüllen typischerweise mehrere Funktionen: Sie regeln die Verteilung von Macht zur Erlassung und zum Vollzug verbindlicher Verhaltensanordnungen (Normerzeugung), das Verhältnis und den Freiraum des Einzelnen gegenüber dem Staat (Grundrechte) und enthalten oft auch Bestimmungen, die Auskunft über die innere Zielsetzung oder das Verhältnis des Staates gegenüber anderen Staaten geben (Staatszielbestimmungen). Jedenfalls geben sie Auskunft über grundlegende Fragen der Gesellschaft, die sich die Verfassung gibt. Dies macht es reizvoll, das österreichische Verfassungsrecht unter der Perspektive zu analysieren, welcher Stellenwert der Familie zukommt, die nach sozialwissenschaftlichem Befund für die meisten Menschen von zentraler Bedeutung ist.

Bundesverfassung und supranationale Regelungen

Der österreichischen Bundesverfassung ist ein Schutz der Familie fremd: Anders als in Artikel 6 des deutschen Grundgesetzes, der den Schutz von Ehe und Familie ausdrücklich normiert, ist die Familie in der österreichischen Verfassungsurkunde nicht erwähnt.

Einen indirekten Schutz der Institutionen Ehe und Familie kann man aus den subjektiven Rechten ableiten, die die Europäische Menschenrechtskommission (EMRK) gewährleistet, die in Österreich im Verfassungsrang gilt. Gemäß Artikel 8 der EMRK hat jede Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung und ihrer Korrespondenz; und gemäß Artikel 12 haben Männer und Frauen im heiratsfähigen Alter nach den innerstaatlichen Gesetzen, welche die Ausübung dieses Rechts regeln, das Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen. Damit ist es dem Staat zwar indirekt verwehrt, Ehe und Familie als Institutionen abzuschaffen oder zu verbieten; eine Verpflichtung des Staates, den beiden Institutionen einen besonderen Schutz angedeihen zu lassen, ist daraus allerdings nicht ableitbar. Für die innerstaatliche Rechtsentwicklung sind diese Bestimmungen dennoch wichtig, weil die Auslegung des Familienbegriffs durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte nicht nur die klassische Familie, sondern auch andere Familienformen erfasst, die nicht auf einer Ehe gründen.

In der europäischen Grundrechtscharta ist Familie an mehreren Stellen angesprochen. Im traditionellen Kontext des Hausrechts gewährleistet zum einen Artikel 7 jeder Person das Recht auf Achtung ihres Privat- und Familienlebens, ihrer Wohnung sowie ihrer Kommunikation; ebenfalls traditionell und letztlich dem Text der EMRK folgend gewährleistet Artikel 9 das Recht, eine Ehe einzugehen, und das Recht, eine Familie zu gründen, nach den einzelstaatlichen Gesetzen, welche die Ausübung dieser Rechte

regeln.

Innovativ ist die Regelung in Artikel 33, wo unter der Überschrift „Familien- und Berufsleben“ eine zentrale Problemlage der heutigen Lebensrealität aufgegriffen ist: Während in Absatz 1 zunächst noch postuliert wird, dass der rechtliche, wirtschaftliche und soziale Schutz der Familie gewährleistet wird, wird in Absatz 2 jedem Menschen das Recht auf Schutz vor Entlassung aus einem mit der Mutterschaft zusammenhängenden Grund sowie auf den Anspruch auf einen bezahlten Mutterschaftsurlaub und auf einen Elternurlaub nach der Geburt oder Adoption eines Kindes eingeräumt, um Familien- und Berufsleben miteinander in Einklang bringen zu können.

Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die EU-Grundrechtscharta nach herrschender Auffassung keine subjektiven Rechte der Bürger vermittelt, sondern die Organe der Union und die Organe der Mitgliedstaaten bindet, insoweit diese Unionsrecht ausführen.

Landesverfassungen

In den Landesverfassungen finden sich Regelungen zur Familie in allen Ländern mit Ausnahme Kärntens, der Steiermark und Wiens.

- Das Land Niederösterreich hat gemäß Artikel 2 Z 4 NÖ-LV die Familie in ihren verschiedenen Erscheinungsformen zu unterstützen.
- Das Land Oberösterreich erklärt in Artikel 13 OÖ L-VG die Familie als Grundlage der menschlichen Gesellschaft zu schützen und zu fördern.
- Nach Artikel 9 des Salzburger L-VG ist es Aufgabe des Landes, für eine geordnete Gesamtentwicklung des Landes zu sorgen, die den wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und kulturellen Bedürfnissen seiner Bevölkerung auch in Wahrnehmung der Verantwortung für künftige Generationen Rechnung trägt. In diesem Sinn sind im Rahmen einer demonstrativen Aufzählung der Aufgaben und Zielsetzungen des staatlichen Handelns des Landes unter zahlreichen anderen Handlungsfeldern die Anerkennung der Stellung der Familie in Gesellschaft und Staat und die Erreichung einer kinderfreundlichen Gesellschaft genannt.
- Die Präambel der Tiroler Landesordnung 1989 nennt die geordnete Familie als Grundzelle von Volk und Staat und zählt sie zu den geistigen, politischen und sozialen Grundlagen des Landes Tirol, die zu wahren und zu schützen oberste Verpflichtung der Gesetzgebung und der Verwaltung des Landes sein muss.
- Artikel 8 der Vorarlberger Landesverfassung garantiert den Schutz der Ehe und der Familie sowie der Rechte der Eltern und Kinder.

Internationale Verträge

Der Vollständigkeit halber ist noch darauf hinzuweisen, dass sich familienbezogene Regelungen auch in völkerrechtlichen Verträgen, insbesondere in den UNO-Pakten über die bürgerlichen und politischen Rechte und der europäischen Sozialcharta finden.

Auswertung

Wertet man den normativen Befund aus, zeigt sich, dass durch die österreichische Gesellschaft offenbar ein Riss geht, der zum einen verhindert, dass Familie in allen Landesverfassungen angesprochen ist, und zum anderen, dass Familie in der

Bundesverfassung eine Erwähnung findet. Ein Blick in die Parteiprogramme scheint dies damit zu erklären, dass das wohl mit dem unterschiedlichen Stellenwert zusammenhängt, der Familienfragen in den für das Zustandekommen einer Verfassungsmehrheit relevanten politischen Parteien zukommt: Während die Parteiprogramme der ÖVP seit jeher dem Familienthema in unterschiedlichen Akzentuierungen einen großen Stellenwert einräumen und auch die FPÖ Familie durchaus prominent anspricht, spielt die Familie in den Parteiprogrammen der SPÖ eine im Laufe der Zeit abnehmende und bei den Grünen praktisch keine Rolle.

Eine differenzierte Analyse der Parteiprogramme und der verfassungsrechtlichen Regelungen zeigt allerdings, dass es unzulänglich wäre, hier zwischen „konservativen“ Kräften, die einem überholten Familienideal nachtrauern und „fortschrittlichen“ Kräften zu unterscheiden, weil auch in offensichtlich von der ÖVP geprägten Landesverfassungen keine Verengung auf ein bestimmtes Familienbild nachweisbar ist, und jedenfalls das weite Begriffsverständnis von Familie, das der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) anwendet, auch für die Auslegung der Landesverfassungen maßgeblich ist.

Gerade unter diesem, nicht auf ein bestimmtes Familienbild fokussierten Blickwinkel halte ich es für unschwer möglich, die Förderung der Familie als Staatszielbestimmung auch in die Bundesverfassung aufzunehmen, und auf diese Weise das gesellschaftliche Bewusstsein auch in der Bundesverfassung zu manifestieren.

Literaturhinweise:

Bauer, Werner T. (2003): Die „Familie“ in den Grundsatzprogrammen der österreichischen Parlamentsparteien. Wien: Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und Politikentwicklung.

Berka, Walter (2000): Lehrbuch Grundrechte. Wien: Springer.

Öhlinger, Theo (2009): Verfassungsrecht. Wien: Facultas.

Schipfer, Rudolf Karl (2009): ÖVP, SPÖ und die Familie. Eine Analyse der Grundsatzprogramme von 1945 bis 1998. In: Tazi-Preve, Irene Mariam (Hg.): Familienpolitik. Nationale und internationale Perspektiven. Opladen & Farmington Hills: Budrich UniPress Ltd. ÖIF-Schriftenreihe, Bd. 20, S. 15–55.

Erstpublikation: in ROTWEISSROT
Auslandsösterreichischer Journal IV/2010
Infos unter: www.weltbund.at

http://www.oif.ac.at/presse/bzw/artikel.asp?Rubrik=3&ID_Art=1&BZWArtikel=1156

FRÜHFÖRDERUNG, FRÜHPÄDAGOGIK, FRÜHKINDLICHE BILDUNG

Bildung ab Geburt – eine Bildungsrevolution?

Die Herbsttagung 2010 der Schweizerischen Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften widmete sich dem Themenbereich "Auf dem Weg zu einer Generationenpolitik". Im Abschnitt "1. Blickpunkt: Kinder – Familien – Verwandtschaft" geht Heidi Simoni der Frage nach dem Sinn und

Unsinn einer frühen Förderung nach. Die gesamte Dokumentation kann [hier](#) heruntergeladen werden

[Aufsatz Simoni](#) (280 KB)

INKLUSION, INKLUSIVE PÄDAGOGIK, BEHINDERUNG

Strategie auch für 2011: Sparen am Rücken der Schwächsten. Ein Negativbeispiel für die Einhaltung der Menschenrechte in Österreich

Schon bisher wurde durch das Budgetbegleitgesetz 2011 tief in die Taschen von Menschen mit Behinderungen gegriffen und massive Kosteneinsparungen durch die österreichische Bundesregierung auf dem Rücken der Schwächsten getätigt.

Wie der ÖAR erst jetzt bekannt wurde, sind die Einschnitte noch gravierender als bisher angenommen. Still und leise - um nicht zu sagen klammheimlich - wurde der Zuschuss zum Fernsprechentgelt für Pflegegeldbezieher und gehörlose bzw. schwer hörbeeinträchtigte Menschen erst in der Regierungsvorlage, welche am 20.12.2010 beschlossen wurde und mit 1.1.2011 in Kraft getreten ist, ohne Begutachtung, vom Einkommen abhängig gemacht. Das bedeutet, dass Menschen mit Behinderungen nicht wie bisher ohne Einkommensnachweis einen Zuschuss zu ihren Fernsprechgebühren erhalten, sondern nur, wenn ihr Einkommen nicht 12 Prozent des Ausgleichszulagenrichtsatzes – insgesamt derzeit 888,- € - übersteigt. Damit wird eine weitere Förderung gestrichen und Menschen mit Behinderungen kommen der Armut wieder einen Schritt näher.

Zu erwähnen ist aber auch, dass mit diesem Vorgehen entschieden gegen die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen verstoßen wurde, die festhält, dass Menschen mit Behinderungen und deren Organisationen in alle sie betreffenden Maßnahmen intensiv mit einzubeziehen sind. Hier wurde ihnen eine einschneidende Maßnahme nicht einmal mitgeteilt. „So werden in Österreich Menschenrechte mit den Füßen getreten“, bemerkt Dr. Klaus Voget, Präsident der ÖAR und des ÖZIV entsetzt.

Rückfragen: Dr. Irmgard Bauer, Tel.: 5131533-116

Die Österreichische Arbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (ÖAR) vertritt als Dachorganisation der Behindertenverbände Österreichs 78 Mitgliedsvereine mit insgesamt mehr als 400.000 Mitgliedern. Das Aufgabengebiet der ÖAR ist vielfältig und reicht vom Mitgestalten behindertenrelevanter Themen bis zu umfassenden Serviceleistungen für ihre Mitglieder. Die ÖAR ist parteipolitisch unabhängig und religiös neutral. Mehr Information: www.oeaar.or.at

JUGENDWOHLFAHRT

BZÖ für ein Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz

Dass noch immer keine ausreichende Bundes-Rahmenregelung mit klaren Handlungsanordnungen für Fälle von Kindeswohlgefährdung vorliegt, ist für Ursula Haubner, Martina Schenk, Stefan Markowitz, Stefan Petzner und Josef Bucher nicht nachvollziehbar. In einem Entschließungsantrag ihrer Fraktion ([1406/A\[E\]](#)) fordern sie die Bundesregierung dazu auf, bis spätestens Ende April 2011 einen Gesetzesentwurf auf Basis des weiterzuentwickelnden Ministerialentwurfs vorzulegen, durch den ein Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz geregelt wird.

http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2011/PK0082/index.shtml

KINDERBETREUUNG

Kinderbetreuung in der Schweiz: SODK Grundlagenbericht zur familienergänzenden Kinderbetreuung in den Kantonen 2010

Bisher existierte keine umfassende Übersicht zur Situation der familienergänzenden Kinderbetreuung im Frühbereich in den einzelnen Kantonen. Um diese Lücke zu füllen hat die SODK 2010 einen entsprechenden Bericht in Auftrag gegeben, der nun vorliegt. Dieser basiert auf Daten der seit einem Jahr aufgeschalteten Informationsplattform "[Vereinbarkeit Beruf und Familie: Massnahmen der Kantone und Gemeinden](#)".

Diese und weitere Studien finden Sie [hier](#) zum Download.

Kinderbetreuung: Neuer Vorstoß der Frauenministerin

Heinisch-Hosek fordert weitere Bundesmittel für den Ausbau und unterstützt Familienminister Mitterlehners Plan zur Umstellung auf Sachleistungen. ÖVP-Staatssekretärin Remler ist gegen Fördervorgaben des Bundes.

Wien/Innsbruck/Ett/Apa. Der schwarze Familienminister rennt bei der roten Frauenministerin in diesem Fall offene Türen ein: Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) unterstützt ausdrücklich den Wunsch von Reinhold Mitterlehner (ÖVP), wonach die Länder statt diverser finanzieller Förderungen für die Familien verstärkt auf Sachleistungen wie den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen setzen sollen. Das werde von der Ministerin „ganz klar begrüßt“, ließ Heinisch-Hosek der „Presse“ ausrichten. Allerdings liege es letztlich in der Verantwortung der Bundesländer, wofür sie Geld aufwenden. Im Februar ist ein Treffen von Minister Mitterlehner mit den Familienreferenten der Länder vorgesehen.

„Angelegenheit der Länder“

In den eigenen Reihen stößt der schwarze Familienminister dagegen auf Widerstand. In Innsbruck wandte sich am Donnerstag Tirols Landeshauptmann Günther Platter (ÖVP) gegen Vorgaben des Bundes bei der Förderung: „Wir lassen uns bei der Unterstützung für Familien nicht einschränken.“ Es werde keine „Schlechterstellung“ geben. Auch Verena Remler, Tirolerin und seit November 2010 ÖVP-Familienstaatssekretärin in Mitterlehners Wirtschaftsministerium, betonte vor Journalisten, es bestehe kein Zweifel, dass es „Angelegenheit der Länder“ sei, welche Geld- und Sachleistungen diese erbringen. Allerdings erachtet auch Remler eine Überprüfung der Leistungen, wie sie Mitterlehner vornimmt, für sinnvoll.

„Kein Feigenblatt für den Bund“

Eine Sorge hat allerdings auch Heinisch-Hosek: Die Frauenministerin warnt Mitterlehner davor, dessen Bestrebungen, die Länderförderungen umzustellen, dürften „kein Feigenblatt“ dafür werden, dass der Bund seinen Verpflichtungen nicht nachkomme: „Der Bund darf nicht aus seiner Pflicht entlassen werden.“

Konkret bedeutet dies, dass die Frauenministerin beim Ausbau der Kinderbetreuung nicht locker lassen wird. Sie werde „sicherlich im Laufe des Jahres“ in der Bundesregierung einen neuen Vorstoß unternehmen, damit es zusätzlich Geld für Betreuungseinrichtungen geben werde, wird in ihrem Büro betont. Dieses Geld solle wie in den vergangenen drei Jahren als „Anstoßfinanzierung“ dienen, damit auch die Bundesländer entsprechende Mittel mitfinanzieren.

Im Zuge der vergangenen Budgetberatungen für 2011 ist Heinisch-Hosek mit dem Wunsch nach einer Verlängerung der bisherigen Aktion abgeblitzt. Von 2008 bis 2010 hat der Bund jeweils 15 Millionen Euro aufgebracht, damit speziell mehr Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige geschaffen werden. Während es für ältere Kinder mittlerweile ein breites Angebot gibt, hinkt die Quote bei den unter Dreijährigen nach (siehe Grafik). „Da müssen wir aufs Gas steigen“, heißt es im Frauenressort.

Minister will Familienfonds „sanieren“

Ungeachtet der bevorstehenden Gespräche mit den Bundesländern sind auch in der Bundesregierung nach den heftigen Auseinandersetzungen um die Einsparungen bei den Familien im Budget 2011 heuer neue Debatten um die Familienpolitik garantiert. Der Grund: Familienminister Mitterlehner wird im Laufe des heurigen Jahres, wie in seinem Ressort bestätigt wird, die „Sanierung“ des Familienlastenausgleichsfonds (Flaf) in Angriff nehmen.

Alle Leistungen und Finanzierungsquellen werden dabei überprüft. Das Vorhaben ist im Regierungsprogramm festgeschrieben. Länder, Gemeinden und Sozialpartner sollen eingebunden werden. Es ist allerdings ein schwieriges Unterfangen: Aus dem Fonds, der ein Gesamtvolumen von rund 6,5 Milliarden Euro umfasst, werden die Familienleistungen bezahlt. Mittlerweile betragen die Schulden insgesamt schon knapp vier Milliarden Euro.

Für weiteren Zündstoff sorgt der Präsident des Management-Clubs, der steirische Ex-ÖVP-Landesrat Herbert Paiarl. Er schlägt vor, die Kinderbeihilfe für Studierende ganz abzuschaffen. Die eingesparten 220 Millionen Euro im Jahr sollten dann in ein staatlich gestütztes Darlehenssystem für Studenten fließen.



http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/628982/Kinderbetreuung_Neuer-Vorstoss-der-Frauenministerin?_vl_backlink=/home/politik/innenpolitik/index.do

➔ **Siehe auch: FAMILIENPOLITIK**

KINDERRECHTE

Kinderrechte in der Verfassung – aber nur teilweise

Am 20.01.2011 wurde die Aufnahme von "8 aus 54" Kinderrechten in die Verfassung durch das Parlament beschlossen. Ein Grund zum Jubeln besteht allerdings nicht – wir bedauern sehr, dass nur Teile der Kinderrechtskonvention aufgenommen wurde. Es fehlen zum Beispiel das Recht auf Bildung, Gesundheit, Freizeit und das Recht auf einen Mindestlebensstandard. Auch werden Flüchtlings- und Migrantenkinder nicht berücksichtigt.

Hier können Sie mehr nachlesen: <http://www.kija-ooe.at/AKTUELLES+NEWSLETTER.php>

Kinderrechte in Verfassung, aber leider nicht in den Köpfen!

Wir fordern nun von der Politik ernst gemeinte Begleitmaßnahmen, ein Kinderrechte-Monitoring in Österreich und Geld und Personal für Anlaufstellen für ...

www.pr-inside.com/.../kinderrechte-in-verfassung-aber-leider-...

Nationalrat: Breite Mehrheit für Aufnahme von Kinderrechten in die ...

Nach jahrelanger Diskussion scheint die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung nun fix. Der Nationalrat stimmte in einem zweiten Anlauf mit der ...

www.parlament.gv.at/PAKT/AKT/.../013Kinderrechte_NR.sht...

Kinderrechte: Zurückhaltende Reaktionen auf Gesetzesbeschluss ...

Für den KFÖ ist die verfassungsrechtliche Verankerung der Kinderrechte zwar ein "wichtiger symbolischer erster Schritt", es müssten jedoch weitere Verbesserungen folgen, so KFÖ-Präsident Clemens Steindl. Auch fehle dem Familienverband ...

[Kathpress News - http://www.kathweb.at/content/site/home/](http://www.kathweb.at/content/site/home/)

→ Siehe auch: *Institut für Kinderrechte und Netzwerk Kinderrechte ersuchen Jugendliche zwischen 12 und 19 Jahren um ihre Meinung zum Thema „Kinderrechte“ – BITTE UM MITHILFE*

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULEN, UNIVERSITÄTEN

Übersicht

Inskription

ÖH: Finanzielle Situation von Studierenden mit Kind besonders dramatisch

Wien (OTS) - Die heute von der Apa veröffentlichten Zahlen zu Studierenden mit Kind sind Anlass, auf die prekäre Situation von Studierenden mit Kind aufmerksam zu machen. "Studierende mit Kind gehören laut Studierendensozialerhebung zu den Risikogruppen, deren finanzielle Situation besonders dramatisch ist - besonders stark betroffen sind AlleinerzieherInnen", erklärt Thomas Wallerberger vom

ÖH-Vorsitzteam.

Die Forderungen der ÖH in diesem Bereich sind bekannt. "Der Zuschlag zur Studienbeihilfe (derzeit 67 Euro/Monat) und die Verlängerung der Anspruchsdauer bei der Studienbeihilfe bei Schwangerschaft/Elternschaft (derzeit 1 bzw. 2 zusätzliche Toleranzsemester) müssten verdoppelt werden, so wie bei der Familienbeihilfe - dies würde den realen Kosten bzw. der Studienzeitverzögerung entsprechen", sagt Mirijam Müller, ÖH-Generalsekretärin.

"Auch bei der **Kinderbetreuung** versagt die Politik - es gibt keine Betreuungsmöglichkeiten während Lehrveranstaltungen bzw. Prüfungen - obwohl über die Hälfte der Kinder von Studierenden in einem Alter mit Betreuungsbedarf sind", ärgert sich Sigrid Maurer vom ÖH-Vorsitzteam. "Die Politik ist gefordert die Steine, die Studierenden mit Kind in den Weg geräumt werden, zu beseitigen", so Maurer abschließend.

Rückfragehinweis:

Österreichische HochschülerInnenschaft (ÖH)
Pia Kranawetter, Pressesprecherin
Tel.: 0676 888 52 211
<mailto:pia.kranawetter@oeh.ac.at>
<http://www.oeh.ac.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/144/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

PÄDAGOGEN/INNEN

Lehrerausbildung: Trennung Hauptschul- und AHS- Lehrer soll fallen, Einbeziehung der Frühkindpädagogik

Bei einer gemeinsamen Tagung in Salzburg gaben Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) und Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S) am Donnerstag bekannt, dass bei der Lehrerausbildung die Trennung Hauptschul- und AHS- Lehrer fallen soll. .

Bis Jahresende sollen die Grundzüge der neuen Lehrerausbildung in Österreich feststehen. Dieses Ziel gaben Wissenschaftsministerin Beatrix Karl (V) und Unterrichtsministerin Claudia Schmied (S) am Donnerstag bei einer Diskussion im Rahmen einer Tagung zur "Forschung der Wirksamkeit von LehrerInnenbildung" in Salzburg vor. Sie legten dabei ein Bekenntnis zu einer gemeinsamen Ausbildung für alle im Lehrberuf tätigen Personen ab. Die Differenzierung zwischen Hauptschul- und AHS- Lehrer werde - auch unter Hinblick auf die geplante Mittlere Reife - fallen, meinte Schmied.

Entscheidend sei, dass es sich um eine Ausbildung auf tertiärem Niveau handle, in die auch die Frühkindpädagogik miteinbezogen werde, sagte Schmied. Gemeinsames Ziel sei, dass die neue Ausbildung noch in dieser Legislaturperiode starte. Gleichzeitig müsse man auch an einem neuen Dienst- und Besoldungsrecht arbeiten. Noch ist der künftige Weg zum Lehrerberuf allerdings recht unkonkret.

"Sowohl Pädagogische Hochschulen als auch Universitäten haben ihre Stärken. Wir brauchen beide", meinte Karl. Sie stellt sich vor, dass der Bund Qualitätskriterien vorgibt, die konkreten Kooperationen zwischen den beiden derzeit für die Lehrerbildung zuständigen Institutionen aber vor Ort entwickelt werden. Diese Kooperationen könnten von Standort zu Standort unterschiedlich sein, meinte die Wissenschaftsministerin: "Es wird kein starres Korsett geben." Überlegt wird ein Akkreditierungssystem für die Angebote. Am Ende des Weges könnten auch Pädagogische Universitäten stehen, meinte Schmied.

Die Differenzierung zwischen Hauptschul- und Gymnasiallehrer wird fallen: "Es gibt kein Argument mehr, warum man in der Ausbildung differenzieren soll, wenn wir in Richtung Mittlere Reife gehen", sagte Schmied. Gedacht ist im Rahmen der Lehrerausbildung an einen gemeinsamen pädagogischen Kern für alle, Differenzierung über Schwerpunktsetzungen und eine fachwissenschaftliche Ausbildung. Ziel ist es, eine Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Stufen zu erreichen. So sollte ein Volksschullehrer irgendwann mit weiterführenden Ausbildungsmodulen an ein Gymnasium wechseln können, meinte Karl.

Einig sind sich die Ministerinnen darüber, dass es ein Aufnahmeverfahren für den Lehrerberuf geben wird. "Wir wollen nur die besten und motiviertesten Lehrer im Klassenzimmer", sagte Karl. Eine Eingangsphase, bei der auf Eignung und Neigung geachtet werde, sei im Interesse aller Beteiligten, erklärte auch Schmied.

<http://www.austria.com/lehrausbildung-trennung-hauptschul--und-ahs-lehrer-soll-fallen/news-20110127-03082698>

➔ **Siehe auch:** http://bmwf.gv.at/startseite/hochschulen/universitaeten/paedagoginnenbildung_neu/

PLATTFORM EDUCARE

Selbstverständnis

Forderungen

Mitglieder

Presse-
Aussendungen

Statuten Elementarbildung

der Elementarbildung. Genehmigt von der Bundespolizeidirektion Wien, a) Der Verein zur Förderung der Elementarbildung wird nach außen von seiner/seinem ...

www.plattform-educare.org/.../Statuten%20des%20Vereins%2...

BERICHTE ÜBER MITGLIEDER DER PLATTFORM EDUCARE

Ideenkiste - Webportal für Elementarpädagogik gewinnt österreichischen Wirtschafts- und IT-Preis

Wien (OTS/SPW-K) - Das erste Webportal für den Elementarbereich die "Ideenkiste" darf sich zu den Top 3 IT-Lösungen und Projekten der Wiener Wirtschafts- und IKT- Szene zählen, die mit gestern Abend mit dem ebiz e-government Award ausgezeichnet wurden. Im Rahmen der Award-Verleihung des Report Verlages wurde gestern die bildungspädagogische Plattform des Internet Centers for Education (ICE-Vienna) mit dem dritten Platz gekürt.

Die Ideenkiste vereint auf ihrer kostenlosen und loginfreien Plattform praxisorientierte Tipps und Anleitungen für die Frühbildung von Kindern im Alter von null bis sechs Jahren mit umfangreichen theoretischen Informationen zur Elementarpädagogik. Die Website ist gleichermaßen für PädagogInnen und Eltern konzipiert. Für Eltern ist das Thema "Kindergarten" mit Antworten auf alle relevanten Fragen sowie den Adressen der Anlauf- und Beratungsstellen und den Wiener Betreuungsstellen großzügig abgedeckt. Das Grundgerüst der Plattform

bildet die "Ideensuche" - eine wahre Schatzkiste an Materialien, Ideen und Anregungen für den direkten Einsatz in der Praxis. Zu Unterstützung der Vernetzungsfunktion und des Kommunikationsaustausch können Eltern und PädagogInnen ihre Erfahrungen und alltäglichen Probleme in einem Forum miteinander austauschen. Die technische Instandsetzung verdankt die Ideenkiste der echnet communication GmbH, mit deren Unterstützung die Ideenkiste ihr Gesicht bekommen hat.

"Da in den letzten Jahren auch die Kindergärten immer mehr mit Computertechnologien ausgestattet und vernetzt wurden, sahen wir die Notwendigkeit ein maßgeschneidertes Portal für die KindergartenpädagogInnen zu gestalten", erklärt Vorsitzende des ICE-Vienna und LAbg. Barbara Novak. Mit der Einführung des kostenlosen Kindergartenjahres für alle Fünfjährigen und den Plänen zur Akademisierung der Ausbildung sowie der Veröffentlichung des bundesländerübergreifenden Bildungsrahmenplanes für elementare Bildungseinrichtungen hat der Kindergarten in Österreich auch Eingang in netz-politische Agenden gefunden. "Wir sahen es daher als unseren Auftrag PädagogInnen auch durch neuen Medien eine Unterstützung für die Praxis zu bieten", so Novak.

Das Internet Center for Education (ICE-Vienna) hat sich dem pädagogischen Auftrag verschrieben, Jugendliche und Kinder auf dem Weg der sich verändernden Mediennutzung und den damit verbundenen Entwicklungen medienpädagogisch zu begleiten. Mit der Auszeichnung des ebiz egovernment Awards für die Ideenkiste wurde bewiesen, dass die Vermittlung von wertvoller Medienkompetenz einen großen Bedeutungszuwachs in der österreichischen Bildungslandschaft gewonnen hat. "Daher sind wir sehr stolz auf diesen Preis, und bedanken uns bei allen UnterstützerInnen und PartnerInnen, mit deren Hilfe uns dieses einzigartige Projekt gelungen ist", so Novak dankend.

Besuchen Sie die Ideenkiste unter <http://www.ideenkiste.at>

Rückfragehinweis:

Rückfragehinweis:

Internet Center for Education

+43 1 524 84 10 100

office@ice-vienna.at

<http://www.ice-vienna.at>

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/198/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

Die Plattform EduCare gratuliert ICE/Ideenkiste herzlich zu dieser Auszeichnung und hofft auf weitere gute Zusammenarbeit!

**MITTEILUNGEN VON MITGLIEDERN DER PLATTFORM
EDUCARE**

Mitgliederliste

Neue Kinderfreunde-Homepage online

Mittwoch abend ging die neue [Kinderfreunde-Homepage](#) online. Sie ist moderner, vielseitiger und innovativer gestaltet worden.

Vor allen Dingen entspricht die Homepage jetzt auch den gesetzlichen Bestimmungen zur Barrierefreiheit. Danke an alle, die mitgearbeitet haben, im Rahmen der vorgegebenen Programmierung und des Layouts die Vielfalt der Angebote der Wiener Kinderfreunde userfreundlich darzustellen und zum vorgegebenen Starttermin fertig zu sein. Natürlich wird unsere neue Homepage ständig weiter optimiert und befüllt.

QUALITÄT IN DEN ELEMENTARBILDUNGSEINRICHTUNGEN

E-Mail-Aktion

NUN IST INVESTITION IN DIE QUALITÄT DER ELEMENTARPÄDAGOGISCHEN EINRICHTUNGEN ANGESAGT!

Eine große Anzahl von an der Elementarpädagogik – und damit an der Zukunft unseres Landes - interessierten Menschen aus ganz Österreich hat in den vergangenen Tagen ihre Sorge über die Zukunft der Kindergärten und anderen Einrichtungen bekundet. So weit sie der Plattform EduCare bekannt sind, finden sie die bisherigen [Schreiben](#) von Mitgliedern und MultiplikatorInnen auf der Homepage der Plattform EduCare.

Nunmehr gibt es auch schon einige [Stellungnahmen von PolitikerInnen](#).

Die Ministerinnen **Karl** und **Schmied** sind beispielhaft in Sachen Qualität der Aus-, Fort- und Weiterbildung aller Pädagoginnen und Pädagogen unterwegs. Sie geben uns zumindest das Gefühl, in den [Stakeholderkonferenzen](#) ernst genommen zu werden.

Sie haben, bislang, trotzdem leider nicht auf die vielen Schreiben geantwortet.

Die Klubobleute der Parlamentsparteien **GRÜNE** und **FPÖ** lassen offensichtlich über ihre Bereichssprecher Respekt am Wahlvolk erkennen. Beide Parteien mit offenen Worten zur bisherigen Politik und mit Aussagen, die auf zukünftige parlamentarische Initiativen hoffen lassen. Die Frau Parlamentspräsidentin, die Klubobleute von SPÖ, ÖVP und BZÖ negieren unsere Sorgen bislang überhaupt.

Wenigstens aus Wien erhalten wir von der **SPÖ - Herrn Stadtrat Oxonitsch** - Antwort und Verständnis.

Die Schreiben finden Sie [hier](#).

Viele sind - zurecht - zutiefst verärgert!

Wir möchten Ihnen einerseits herzlich für Ihr Engagement für das Elementarbildungswesen in Österreich, für die Zukunft unseres Landes danken – und Sie andererseits **dringend ersuchen**, in ihrem KollegInnen-, Bekannten- und Freundeskreis sowie bei den Eltern weitere Briefe anzuregen:

["Wir brauchen ein Bundesrahmengesetz für die elementarpädagogischen Einrichtungen"](#)

- unter diesem Link finden Sie Adressen und Textvorschlag für die E-Mail.

SPRACHE, SPRACHENTWICKLUNG, SPRACHFÖRDERUNG

Die nächsten Hürden für Fremde

[Salzburger Nachrichten](#)

Das Netzwerk SprachenRechte und der Sprachwissenschaftler Hans-Jürgen Krumm bezeichnen „Deutsch vor Zuzug“ in ihren Stellungnahmen als diskriminierend, ...

TAGESELTERN, TAGESMÜTTER, TAGESVÄTER

Tagesmütter betreuen auch in der Nacht

ORF.at

Alleinerzieherinnen, die in Randzeiten arbeiten, können ihre Kinder auch in der Nacht von Tagesmüttern betreuen lassen. Derzeit sind in Vorarlberg 150 ...

VERANSTALTUNGEN UND EVENTS

[Kindgemäße
Pädagogik -
Veranstaltungen und
Events](#)

„Safety 1st - Sichere Nutzung Neuer Medien“ - Workshop für Eltern und PädagogInnen zum Thema Internetsicherheit und Medienkompetenz

Cyber-Mobbing, Internetabzocke, illegale Websites, Trojaner und Co. sind virtuelle Phänomene im World Wide Web, denen besonders Kinder und Jugendliche ausgesetzt sind. Daher ist es notwendig, hier intensive Aufklärungsarbeit zu leisten, und Kindern und Jugendlichen einen bewussten und kritischen Umgang mit Neuen Medien zu vermitteln. Nur leider wissen oft PädagogInnen und Eltern selbst nicht über die Netiquette im Netz bescheid. Anlässlich des 8. Europäischen Safer Internet Days bietet das Internet Center for Education in Kooperation mit saferinternet.at eine kostenlose Workshopreihe unter dem Titel „Safety 1st – Sichere Nutzung Neuer Medien“ an.

Workshoptermine:

PädagogInnen-Workshop: Mo., 14.Februar 2011
Beginn: 16:00 Uhr

Eltern-Workshop: Mo., 14.Februar 2011
Beginn: 18:30 Uhr

Ort: ICE-Vienna, Alserbachstraße 23, 1090 Wien (2.Stock)

Alle Workshops sind kostenlos.

Anmeldung möglich bei:

Claudia Varga

Tel.: 01 524 84 10 111

Oder online unter <https://www.netbridge.at>

Da die räumlichen Kapazitäten beschränkt sind, beträgt die maximale Teilnehmeranzahl pro Workshop 25 TeilnehmerInnen.

Falls Sie Interessierte kennen, sind Sie herzlich dazu aufgerufen, dieses Mail weiterzuleiten.

Fachtagung Krippen, Kitas & Kindertagespflege: Kinder in den ersten drei Lebensjahren als Chance und Herausforderung für Fachkräfte

23. Februar 2011 · 09:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Justus-Liebig-Universität, Phil. II, Karl-Glöckner-Str. 21, Haus A + B

➔ **Siehe pdf-Beilage „fachtagung feb2011...“**

IMPRESSUM UND HINWEISE

Plattform EduCare

Postadresse:

Krausegasse 7a/10
1110 Wien
ÖSTERREICH

Telefon: +43 (664) 73592265

Faxnummer: +43 (1) 7485469

Skype: 

E-Mail: Informationsdienst@Plattform-EduCare.org

Diese Mitteilungen haben ausschließlich Informationscharakter.

Die Plattform EduCare übernimmt daher keine Gewähr für Richtigkeit, Genauigkeit und Qualität der bereitgestellten Information.

Eine Identifikation mit den Inhalten kann aus der Veröffentlichung nicht geschlossen werden, wir schließen jegliche Verantwortung für diese Zitierungen und die darin enthaltenen Inhalte aus.

→ Diese Übersicht ergeht zur Information fallweise auch an in einzelnen Meldungen angeführte E-Mail-Adressen ←

Schicken Sie uns Meldungen, die Sie anderen Mitgliedern zugänglich machen wollen

Verwenden Sie hierfür die E-Mail-Adresse: Informationsdienstl@Plattform-EduCare.org

Schreiben Sie uns Informationen, die Sie hier nicht finden, die aber für die Arbeit der Plattform EduCare wichtig sein könnten

Wir verarbeiten sie streng vertraulich: Informationspool@Plattform-EduCare.org

Änderungen zu diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer bisherigen E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist, und Ihrem Änderungswunsch (zum Beispiel: neue E-Mail-Adresse).

Abmeldung von diesem kostenlosen Service

Bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit Ihrem Namen und Ihrer E-Mail-Adresse, die in unserem Verteiler vorgemerkt ist.

Anregungen zu Stellungnahmen

Sollten Sie der Meinung sein, die Plattform EduCare sollte zu einem bestimmten Thema Stellung beziehen, schreiben Sie bitte Ihre diesbezüglichen Anregungen in einer [Mail](#) an uns – danke!

Mitteilung von Adressen, die unseren kostenlosen „Informationsdienst“ erhalten sollen

Sie möchten anderen Teilnehmern dieses kostenlosen Services eine Information zukommen lassen: bitte schreiben Sie eine [Mail](#) mit den entsprechenden Angaben.